

**Strafrechtliche Abhandlungen**

---

**Neue Folge · Band 330**

**Die strafrechtliche  
Verantwortlichkeit von Anbietern  
(innerhalb) sozialer Netzwerke**

**Zugleich ein Beitrag zum Allgemeinen Teil  
des Medienstrafrechts**

**Von**

**Maximilian Nussbaum**



**Duncker & Humblot · Berlin**

MAXIMILIAN NUSSBAUM

Die strafrechtliche Verantwortlichkeit von Anbietern  
(innerhalb) sozialer Netzwerke

# Strafrechtliche Abhandlungen · Neue Folge

Begründet von Dr. Eberhard Schmidhäuser (†)

em. ord. Prof. der Rechte an der Universität Hamburg

Herausgegeben von

Dr. Dres. h. c. Friedrich-Christian Schroeder (†)

em. ord. Prof. der Rechte an der Universität Regensburg

und

Dr. Andreas Hoyer

ord. Prof. der Rechte an der Universität Kiel

in Zusammenarbeit mit den Strafrechtslehrern der deutschen Universitäten

## Band 330

# Die strafrechtliche Verantwortlichkeit von Anbietern (innerhalb) sozialer Netzwerke

Zugleich ein Beitrag zum Allgemeinen Teil  
des Medienstrafrechts

Von

Maximilian Nussbaum



Duncker & Humblot · Berlin

Zur Aufnahme in die Reihe empfohlen von  
Prof. Dr. Susanne Beck, LL.M., Hannover

Die Juristische Fakultät  
der Leibniz Universität Hannover hat diese Arbeit  
im Jahre 2024 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in  
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Dieses Werk wurde auf Basis der Open Access-Lizenz CC BY SA 4.0  
(s. <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>) veröffentlicht.

Die E-Book-Version ist unter <https://doi.org/10.3790/978-3-428-59473-3> abrufbar.  
Die freie Verfügbarkeit des E-Books wurde durch NiedersachsenOPEN, dem zentralen  
niedersächsischen Open-Access-Publikationsfonds, ermöglicht.



Alle Rechte vorbehalten  
© 2025 Maximilian Nussbaum  
Satz: 3w+p GmbH, Rimpar  
Druck: CPI Books GmbH, Leck  
Printed in Germany

ISSN 0720-7271  
ISBN 978-3-428-19473-5 (Print)  
ISBN 978-3-428-59473-3 (E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier  
entsprechend ISO 9706 ☺

Verlagsanschrift: Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9,  
12165 Berlin, Germany | E-Mail: [info@duncker-humblot.de](mailto:info@duncker-humblot.de)  
Internet: <https://www.duncker-humblot.de>

## Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde von der Juristischen Fakultät der Leibniz Universität Hannover im Herbst 2024 als Dissertation angenommen. Literatur und Rechtsprechung wurden bis Mai 2024 berücksichtigt. Ich danke Prof. Dr. Andreas Hoyer für die Aufnahme der Arbeit in die Schriftenreihe „Strafrechtliche Abhandlungen N.F.“ und Frau Anke Geidel von Duncker & Humblot für die freundliche Betreuung der Veröffentlichung. Ich freue mich, dass die Arbeit frei abrufbar ist, was ich der Förderung des Fonds NiedersachsenOPEN zu verdanken habe.

Ich möchte ganz besonders den Personen danken, die mich bei der Entstehung der Arbeit auf vielfältige Weise unterstützend begleitet haben. Allen voran gilt mein tiefer Dank meiner Mentorin Prof. Dr. Susanne Beck, LL. M., die die Arbeit nicht nur ermöglicht und betreut, sondern mich seit Beginn meines Studiums an ihrem Lehrstuhl in außerordentlichem Maß gefördert hat. Prof. Dr. Bernd-Dieter Meier danke ich für die überaus zügige Erstellung des Zweitgutachtens. Die Promotionszeit wäre nicht dieselbe gewesen ohne die Förderung durch die Studienstiftung des deutschen Volkes, der ich vieles und insbesondere einen bereichernden und motivierenden interdisziplinären Austausch zu verdanken habe.

Ich darf mich glücklich schätzen, dass es in meinem privaten Umfeld zahlreiche Menschen gibt, die sich nicht nur um das Gelingen des Promotionsprojektes verdient, sondern die letzten Jahre zu schönen gemacht haben. Besonders möchte ich meinen Freunden Dr. Martin Suchrow-Köster, Milena Köster, Florian Mäder, Anna-Lena Vollheyde und meinem Partner Claudius Schröder für die Begleitung, den Rückhalt und die geteilte Freude danken. Für zahlreiche Diskussionen zu meinem Dissertationsprojekt, die Durchsicht der ersten Fassung und weit mehr danke ich Simone Tiedau. Dr. Roger Thiel verdanke ich das Lektorat des Manuskripts. Meinen grenzenlosen Dank haben meine Mutter, Nicole Nussbaum, und meine Großmutter, Lore Nussbaum; sie wissen wofür. Ihnen ist die Arbeit in Liebe gewidmet.

Langenhagen, im Januar 2025

*Maximilian Nussbaum*



# Inhaltsübersicht

<b>Einleitung</b> .....	29
A. Hinführung .....	29
B. Begrenzung des Forschungsgegenstandes .....	36
C. Gang der Untersuchung .....	37

## *1. Teil*

<b>Phänomenologische Grundlagen</b>	41
-------------------------------------	----

### Kapitel 1

<b>Begriff, Funktionen und Ordnung sozialer Netzwerke</b>	41
A. Begriffsbestimmung: Soziale Netzwerke .....	41
B. Nutzungsfunktionen sozialer Netzwerke: Eine Frage der Affordanzen .....	56
C. Ordnung sozialer Netzwerke: Speicherung von Inhalten vs. Gestaltung von Inhaltserlebnissen .....	60

### Kapitel 2

<b>Soziale Netzwerke als Ort und Faktor aggressiver Kommunikation</b>	69
A. Soziale Netzwerke als Ort einer mediatisierten Quasi-Interaktion .....	70
B. Soziale Netzwerke als Ort besonders schützenswerter Kommunikation .....	72
C. Soziale Netzwerke als Ort einer aggressiven Kommunikation .....	73



*2. Teil*

<b>(Außer-)Strafrechtliche Vorfragen</b>	86
--	----

## Kapitel 3

<b>Telemedienrechtliche Grenzen einer strafrechtlichen Verantwortlichkeit</b>	86
---	----

A. Grundlagen der telemedienrechtlichen Providerprivilegierung	87
B. Anwendung der Host-Provider-Privilegierung auf Anbieter (innerhalb) sozialer Netzwerke	104
C. Reichweite der Privilegierung: Das normimmanente Programm der Art. 6 ff. DSA	116
D. Privilegierungsausschluss	136
E. Zwischenfazit: Privilegierung der Anbieter nach dem DSA	180

## Kapitel 4

<b>Selektion strafrechtlich relevanten Verhaltens</b>	184
---	-----

A. Mögliche Anknüpfungspunkte für einen strafrechtlichen Vorwurf und der telemedienrechtliche Vorfilter	184
B. Verhaltensformfrage: Aktives Tun oder Unterlassen?	186
C. Zwischenfazit: Anknüpfungspunkte für eine strafrechtliche Verantwortlichkeit	198

*3. Teil*

<b>Die Verantwortlichkeit der Anbieter (innerhalb) sozialer Netzwerke nach strafrechtlichen Grundsätzen</b>	200
---	-----

## Kapitel 5

<b>Strafrechtswidrig ausgerichtete Angebote</b>	200
---	-----

A. Organisationsdelikte: Originäre Verantwortlichkeit der Anbieter	200
B. Strafbarkeit der Anbieter nach den einzelnen Kommunikationsdelikten	246
C. Kriminalpolitischer Exkurs: Ausweitung des § 127 StGB auf Kommunikationsdelikte	347

## Kapitel 6

**Strafrechtswidrige Inhalte als ‚digitale Altlasten‘  
in neutral ausgerichteten Angeboten**

353

A. Kommunikationsdelikte im Spiegel des Erfolgsbegriffs i. S. v. § 13 Abs. 1 StGB und die Entsprechungsklausel .....	354
B. Erfolgsverhinderung nach Erfolgseintritt und die Teilnahmefähigkeit nach Vollendung	381
C. Beseitigungsverpflichtung der Anbieter .....	434
D. Beteiligungsform des Unterlassens .....	486

<b>Schluss</b> .....	514
----------------------	-----

A. Zusammenfassende Thesen .....	514
B. Ausblick .....	531

<b>Literaturverzeichnis</b> .....	542
-----------------------------------	-----

<b>Sachwortverzeichnis</b> .....	581
----------------------------------	-----



# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung</b> .....	29
A. Hinführung .....	29
I. Hassrede innerhalb sozialer Netzwerke im Spiegel gesetzgeberischer Aktivitäten	30
II. Die Rolle des Strafrechts im Geflecht der Netzwerkregulierung in jüngster Zeit	33
III. Zum medienstrafrechtsdogmatischen Untersuchungsgegenstand .....	34
B. Begrenzung des Forschungsgegenstandes .....	36
C. Gang der Untersuchung .....	37

## *1. Teil*

<b>Phänomenologische Grundlagen</b>	41
-------------------------------------	----

## Kapitel 1

<b>Begriff, Funktionen und Ordnung sozialer Netzwerke</b>	41
A. Begriffsbestimmung: Soziale Netzwerke .....	41
I. Legaldefinition des NetzDG: Nur ein Ausgangspunkt? .....	41
1. ‚Telegram-Problem‘: Individual-, Massen- und Gruppenkommunikation .....	41
2. ‚LinkedIn-Problem‘: Beliebige Inhalte .....	43
3. Zwischenfazit: Soziale Netzwerke i. S. d. NetzDG .....	44
II. Kommunikationswissenschaftliche Begriffsfindung: Eine Frage des Zwecks? ...	45
1. Soziale Netzwerke als Untergattung der sozialen Medien .....	46
2. Enge des kommunikationswissenschaftlichen Begriffs sozialer Netzwerke ...	49
3. Weite des Oberbegriffs sozialer Medien .....	50
III. Eigener funktionaler Begriff Sozialer Netzwerke: ‚Ein Raum der Räume‘ .....	50
1. Kennzeichen eines ‚Raums in einem Raum‘ .....	51
2. Anbieter zweiter und dritter Ordnung .....	54
3. Exkurs: Anbieter dezentraler sozialer Netzwerke .....	54
4. Zwischenfazit: Notwendige und typische Merkmale sozialer Netzwerke .....	55
B. Nutzungsfunktionen sozialer Netzwerke: Eine Frage der Affordanzen .....	56
I. Profilerstellung .....	57
II. Vernetzen und Abonnieren .....	57

III. Erstellen und Veröffentlichen von Inhalten .....	58
IV. Annotieren fremder Inhalte .....	58
V. Organisieren .....	59
C. Ordnung sozialer Netzwerke: Speicherung von Inhalten vs. Gestaltung von Inhaltserlebnissen .....	60
I. Ausgangspunkt: Datenwirtschaftliches und aufmerksamkeitsökonomisches Geschäftsmodell .....	61
II. Explizierte normative Ordnung: Netzwerkinterne Kommunikationsrichtlinien ...	62
III. Codierte Ordnung .....	63
1. Sichtbare Aspekte: Affordanzen .....	63
2. Opake Aspekte: Kuratierung und Filterung von Inhalten .....	64

## Kapitel 2

<b>Soziale Netzwerke als Ort und Faktor aggressiver Kommunikation</b> .....	<b>69</b>
A. Soziale Netzwerke als Ort einer mediatisierten Quasi-Interaktion .....	70
B. Soziale Netzwerke als Ort besonders schützenswerter Kommunikation .....	72
C. Soziale Netzwerke als Ort einer aggressiven Kommunikation .....	73
I. Ursachen einer ‚verrohten Kommunikation‘ in sozialen Netzwerken .....	75
1. Distanzbedingte Faktoren .....	75
2. Soziotechnische Faktoren .....	77
a) Broken-Web-Theorie und Toxizität von aggressiver Kommunikation .....	77
b) Ambivalenz sozialer Präsenz .....	78
3. Exkurs: Soziale Netzwerke als Raum der Social Bots .....	79
II. Wirkungen aggressiver Kommunikation in sozialen Netzwerken .....	80
1. Breitenwirkung .....	80
2. Raumzeitliche Distanz und Anonymität .....	81
3. Schwarmförmiges Verhalten: Cybermobbing und sog. Shit-Storms .....	81
4. Silencing-Effekt .....	82
III. Kommunikationsdelikte als Oberbegriff für Inhaltsverbreitungs- und Äußerungsdelikte .....	83

## 2. Teil

**(Außer-)Strafrechtliche Vorfragen**

86

## Kapitel 3

**Telemedienrechtliche Grenzen einer strafrechtlichen Verantwortlichkeit** 86

A. Grundlagen der telemedienrechtlichen Providerprivilegierung	87
I. Von der ECRL zum DSA: Nichts Neues im Bereich der Haftungsprivilegierung?	88
1. Regelungsimpetus und -konzept des DSA	88
2. Übernahme der Providerprivilegierung aus der ECRL	90
a) Tatsächliche Veränderung des Regelungsgegenstandes	91
b) Das unionsrechtliche Urheberrecht als Vorlage einer stärkeren Plattformhaftung	92
c) Alternativentwürfe zum Nebeneinander von Privilegierung und Sorgfaltspflichten	93
aa) Argumente gegen eine Verzahnung von Sorgfaltspflichten und Haftungsprivilegierung	94
(1) Nicht ausreichender Sanktionsdruck	94
(2) Praktische Einwände	95
(3) Risiko des Overblockings	96
bb) (Rest-)Grund für die Übernahme der Privilegierungsvorschriften aus der ECRL	96
d) Zwischenfazit: Grundkonzeption der Providerprivilegierung	97
II. Systematische Verortung im Strafrecht	97
1. Filterlösungen bzw. zweistufige Modelle	98
2. Integrationslösung bzw. einstufige Modelle	100
3. Zwischenfrage: Telemedienrechtlicher Vorfilter im Strafrecht als reine Prüfungsökonomie?	102
B. Anwendung der Host-Provider-Privilegierung auf Anbieter (innerhalb) sozialer Netzwerke	104
I. Dienste der Informationsgesellschaft	104
1. Entgeltlichkeitserfordernis	104
a) Entgeltlichkeit bei Anbietern verschiedener Ordnungen	104
b) Anwendung der Privilegierungsvorschriften bei Unentgeltlichkeit: § 7 Abs. 1 DDG	105
2. Schwierigkeiten des Ordnungsmodells?	106
II. Überblick: Funktionale Einteilung der Providerarten der DSA	108
III. Host-Provider-Eigenschaft	109
1. Anbieter erster Ordnung	109
2. Mitarbeiter und Moderatoren im Lager des Anbieters erster Ordnung	110

3. Anbieter nachgelagerter Ordnung .....	111
a) Technische oder normative Prägung des Speicherbegriffs? .....	111
b) Herausforderungen einer normativen Bestimmung des Speicherbegriffs .....	112
4. Sonderproblem: Messengerdienste .....	114
IV. Zwischenergebnis: Anwendung der Host-Provider-Privilegierung auf Anbieter (innerhalb) sozialer Netzwerke .....	116
C. Reichweite der Privilegierung: Das normimmanente Programm der Art. 6 ff. DSA ..	116
I. Privilegierungstatbestand des Art. 6 DSA .....	116
1. Kenntnis, Art. 6 Abs. 1 a) DSA .....	117
a) Sicherheit und Konkretheit des Wissens .....	117
b) Kenntnisnahmefiktion bei tauglicher Meldung, Art. 16 Abs. 3 DSA .....	118
aa) Ausnahme von der Grundkonzeption des Privilegierungsregimes .....	119
bb) Praktische Relevanz .....	119
c) Reichweite der konkreten Kenntnis .....	120
aa) Kenntnis der Rechtswidrigkeit bei § 10 S. 1 Nr. 1 TMG a.F. ....	120
(1) Unionsrechtskonforme Auslegung des § 10 S. 1 Nr. 1 TMG a.F. ...	121
(2) Eingriff in das nationale Strafrecht sowie praktische und rechtspoli- tische Bedenken .....	122
bb) Kenntnis der Rechtswidrigkeit bei Art. 6 Abs. 1 a) DSA .....	123
cc) Zwischenergebnis: Notwendigkeit der Kenntnis der Rechtswidrigkeit	125
d) Kenntniszurechnung .....	125
2. Zügige Tätigkeit, Art. 6 Abs. 1 b) DSA .....	127
3. Subordinations- oder Aufsichtsverhältnis, Art. 6 Abs. 2 DSA .....	129
II. Klarstellende Neuerung: Guter-Samariter-Privileg, Art. 7 DSA .....	130
1. Rechtsfolge des Art. 7 DSA .....	130
2. Praktische Relevanz .....	131
III. Flankierende Wirkung: Verbot allgemeiner Überwachungs- und Nachforschungs- pflichten, Art. 8 DSA .....	132
1. Keine unmittelbar praktische Relevanz für das Medienstrafrecht .....	133
2. Bedeutung des Grundgedankens für die Konturierung des Privilegierungsfilters	133
3. Indirekte Auswirkungen der Auslegung von Art. 8 DSA im Kontext richterli- cher Anordnungen .....	133
D. Privilegierungsausschluss .....	136
I. Die (telemedienrechtliche) Figur des Sich-Zueigenmachens .....	136
1. Verschiedene Varianten des Sich-Zueigenmachens originär fremder Inhalte im Kontext von Diensteanbietern .....	137
a) Herrschaft über die rechtswidrige Information .....	138
b) Presserechtliche Kriterien und die Distanzierung des Anbieters .....	139
c) Wirtschaftliche Nutzung fremder Beiträge .....	140
d) Redaktionelle Tätigkeit .....	141

2. Ablehnung der Figur des Sich-Zueigenmachens .....	142
a) Notwendigkeit einer unionsrechtskonformen Auslegung .....	142
b) Fehltransplantation aus dem Äußerungsrecht .....	143
II. Figur der aktiven bzw. nicht-neutralen Rolle .....	144
1. Ausgangspunkt der Figur der aktiven bzw. nicht-neutralen Rolle in den ErwGen zur ECRL .....	145
2. Nutzung und Konkretisierung der Figur der aktiven bzw. nicht-neutralen Rolle in der Rechtsprechung des EuGH .....	145
a) ‚Google France‘ .....	145
b) ‚L’Oréal/eBay‘ .....	146
c) ‚Papasavvas‘ .....	146
d) ‚YouTube und uploaded‘ .....	147
aa) Begründung des Generalanwalts Saugmandsgaard Øe .....	149
bb) Relationierung durch den EuGH .....	150
cc) Reaktionen des Schrifttums .....	150
e) Kritik an der EuGH-Rechtsprechung .....	152
aa) Systematik der ErwGe .....	152
bb) Systematische Einwände aus dem Richtlinien text der ECRL .....	153
cc) Erneut: Das Guter-Samariter-Dilemma .....	153
dd) Inkohärenz, Unbestimmtheit und Vagheit .....	154
ee) Vergleich zwischen dem Sich-Zueigenmachen und der aktiven bzw. nicht-neutralen Handlung .....	155
3. Rezeption der Figur der aktiven bzw. nicht-neutralen Rolle im DSA .....	157
a) ErwG Nr. 18 S. 1 zum DSA .....	157
b) ErwG Nr. 20 zum DSA .....	158
4. Systematisierung der ErwGe Nr. 18 und 20 zum DSA .....	159
a) Zum Verhältnis der einzelnen Sätze von ErwG Nr. 20 zum DSA .....	159
aa) Kongruente Konkretisierung von S. 1 durch S. 2 .....	160
bb) Eigenständigkeit beider Sätze .....	160
b) Binnensystematische Relationierung: Verhältnis der (straf-)rechtswidrigen Zweckausrichtung zur Figur der aktiven Rolle .....	161
aa) Integrationsmodell und Separationsmodell .....	161
bb) Praktische Konsequenzen der Modelle .....	162
cc) Regelbeispielhaftigkeit von ErwG Nr. 20 S. 2 zum DSA als Einwand gegen das Separationsmodell .....	163
(1) Friktionen der differenzierenden Auslegung von S. 1 und S. 2 .....	163
(2) Auflösung etwaiger systematischer Friktionen .....	164
c) Zwischenfazit: Das Neutralitätskriterium und die funktionale Dreiteilung seiner Fallgruppen .....	165
d) Exkurs: Nur eine terminologische Kritik am Neutralitätskriterium? .....	169



5. Konkretisierung der Fallgruppe der rechtswidrigen Zweckausrichtung aus ErwG Nr. 20 S. 2 zum DSA .....	170
a) Gesamtbetrachtung und ihre möglichen Indizien .....	170
aa) Anhaltspunkte aus ErwG Nr. 20 S. 3 zum DSA .....	170
bb) Indizien für und gegen eine rechtswidrige Zweckausrichtung .....	171
b) Sonderkonstellationen .....	171
aa) Pervertiertes Angebot: ‚Sich-Zueigenmachen‘ einer rechtswidrigen Zwecksetzung .....	172
(1) Fehlende Kenntnis von der Pervertierung .....	172
(2) Kenntnis von der Pervertierung .....	173
bb) Verletzung von Sorgfaltspflichten aus dem DSA: Verwachsung der zwei materiellen Säulen des Regulierungskonzepts .....	174
(1) Pflichtenprogramm des Art. 16 DSA .....	175
(a) Einrichtung eines Meldesystems i. S. v. Art. 16 Abs. 1 DSA ....	175
(b) Sonderfall der bewussten Unkenntnis von Hinweisen nach Art. 16 Abs. 2 DSA .....	175
(2) Sperrung von Nutzeraccounts nach Art. 23 Abs. 1 DSA .....	177
cc) Verletzung von Sorgfaltspflichten außerhalb des DSA: Die Folgen von ‚YouTube und uploaded‘ und ihre deliktsspezifische Einhegung .....	177
6. Zwischenfazit: Flexibilisiertes Neutralitätsgebot als versteckte ‚Buße‘ für die „Erbsünde“ der Providerprivilegierung .....	179
E. Zwischenfazit: Privilegierung der Anbieter nach dem DSA .....	180

## Kapitel 4

### **Selektion strafrechtlich relevanten Verhaltens** 184

A. Mögliche Anknüpfungspunkte für einen strafrechtlichen Vorwurf und der telemedien- rechtliche Vorfilter .....	184
B. Verhaltensformfrage: Aktives Tun oder Unterlassen? .....	186
I. Vorab: Praktische Relevanz der Unterscheidung .....	186
1. Unstrittiges .....	186
2. Exkurs: Unanwendbarkeit des Art. 6 DSA auf das aktive Tun? .....	186
II. Der bisherige Diskussionsstand: Inbetriebnahme des Angebots oder unterlassene Löschung .....	188
1. Überwiegende Auffassung .....	188
2. Abweichende Begründung eines aktiven Tuns: Automatisierter Betrieb als technisch vermitteltes Tun .....	190
III. Weitere Differenzierung der Verhaltensformfrage .....	193
1. Betriebsbegriff und seine fehlenden Differenzierungen bei naturalistischer Be- trachtung .....	193

2. Vervollständigung des Bildes um weitere Anknüpfungspunkte der strafrechtlichen Verantwortlichkeit .....	195
a) Betrieb bei unsorgfältigem Einsatz technischer Sicherungsmaßnahmen ....	196
b) Pervertierte Angebote .....	196
c) Freigabevorbehalt .....	197
C. Zwischenfazit: Anknüpfungspunkte für eine strafrechtliche Verantwortlichkeit .....	198

### 3. Teil

<b>Die Verantwortlichkeit der Anbieter (innerhalb) sozialer Netzwerke nach strafrechtlichen Grundsätzen</b>	<b>200</b>
---	------------

### Kapitel 5

<b>Strafrechtswidrig ausgerichtete Angebote</b>	<b>200</b>
A. Organisationsdelikte: Originäre Verantwortlichkeit der Anbieter .....	200
I. Bildung einer kriminellen Vereinigung, § 129 StGB .....	201
1. Der neue Vereinigungsbegriff gem. § 129 Abs. 2 StGB .....	202
a) Voluntatives Element .....	203
b) Organisatorisches Element .....	204
2. Die Anbieter (innerhalb) sozialer Netzwerke als kriminelle Vereinigung .....	205
a) Anbieter dritter Ordnung .....	205
b) Anbieter zweiter Ordnung .....	206
aa) Anbieter zweiter Ordnung unter dem (neuen) Vereinigungsbegriff ....	206
(1) Kriminell ausgerichtete Handelsplattformen als kriminelle Vereinigungen .....	206
(a) Mangelndes übergeordnetes Interesse .....	207
(b) Schwach ausgeprägtes personales Element .....	207
(c) Flüchtigkeit des Zusammenschlusses bei Anbieterteams .....	208
(d) Zusammenschluss aus Betreibern und Nutzern .....	209
(e) Zwischenfazit: Handelsplattformen und Vereinigungsbegriff ..	209
(2) Erste Rechtsprechung zu Anbietern zweiter Ordnung .....	209
(3) Die Anforderungen an den Vereinigungsbegriff im Kontext sozialer Netzwerke .....	211
(a) Zeitliches und personales Element .....	211
(b) Voluntatives und organisatorisches Element .....	212
(aa) Trennung von vereinigungs- und plattformspezifischen Dynamiken .....	213
(bb) Interdependenz, Macht und Ordnung bei Angeboten zweiter Ordnung .....	214

(c) Zwischenfazit: Vereinigungsbegriff und Angebote zweiter Ordnung .....	215
bb) Zweck oder Tätigkeit der Vereinigung .....	216
(1) Abgrenzung zur neutralen Vereinigungsausrichtung .....	216
(2) Teleologische Reduktion hinsichtlich der Bezugstaten .....	216
(3) Eigene oder fremde Straftaten .....	217
cc) Mitgliedschaftliche Beteiligung der Nutzer .....	218
(1) Passive Mitgliedschaft im Angebot zweiter Ordnung .....	219
(2) Aktive Gruppenmitglieder und übergeordnete Funktionen .....	221
II. Betreiben krimineller Handelsplattformen im Internet, § 127 StGB .....	222
1. (Materielle) Legitimation des Straftatbestandes .....	222
2. Begriff der Handelsplattformen und Anbieter innerhalb sozialer Netzwerke ..	224
a) Virtuelle Infrastruktur und Ordnungsmodell .....	224
aa) Problem der Trennbarkeit von Gesamt- und Substrukturen .....	225
bb) Praktische Folgen einer fehlenden Trennbarkeit .....	225
cc) Trennungsthese und ihre möglichen Einwände .....	226
(1) Gesetzgeberische Vorstellung vom einheitlichen Betrieb und der Gesamtbetrachtung .....	227
(2) (Un-)Möglichkeit eines nebetäterschaftlichen Betreibens .....	227
(3) Gefahr der tatbestandlichen Entgrenzung durch freie Skalierbarkeit der betriebenen Infrastruktur .....	228
dd) Zwischenfazit: Ordnungsmodell und Plattformbegriff .....	229
b) Kommunikationsräume als Handelsplattformen .....	230
aa) Beschränkende Wirkung des Handelsbegriffs .....	230
bb) Mangelnde Aussagekraft der erfassten Katalogtaten .....	232
cc) Zwischenfazit: Handelsplattform und Kommunikationsdelikte .....	233
3. Kriminelle Zweckausrichtung .....	233
a) Die Zweckausrichtung als subjektives und/oder objektives Merkmal .....	234
b) Indizienkatalog .....	235
aa) Indizien einer kriminellen Ausrichtung bei Handelsplattformen .....	235
(1) Indikationen .....	235
(2) Kontraindikationen .....	237
bb) Übertragbarkeit der Indizien auf Angebote innerhalb sozialer Netzwerke	238
c) Pervertierte Plattformen als Härteprobe für die Zweckausrichtung .....	239
aa) Abschichtung ‚echter und unechter Pervertierung‘ .....	240
bb) Echte Pervertierung .....	240
(1) Scheinproblem: ‚Ausrichtung durch Betrieb‘ .....	240
(2) Restriktionspotenzial der gemischt subjektiv-objektiven Auslegung der kriminellen Zwecksetzung .....	241
(3) Europarechtswidrigkeit der rein objektiven Auslegung .....	243

d) Zwischenfazit: Pervertierte Angebote und kriminelle Zweckausrichtung bei § 127 StGB .....	245
III. Zwischenfazit: Organisationsdelikte .....	245
B. Strafbarkeit der Anbieter nach den einzelnen Kommunikationsdelikten .....	246
I. Objektive Zurechnung: Konturierung des erlaubten Plattformrisikos und der Ri- sikozusammenhang .....	247
1. Erlaubtes Risiko .....	247
a) Erlaubtes Risiko des Betriebs von Angeboten .....	248
b) Verhältnis zur Figur der neutralen (Beihilfe-)Handlung .....	250
aa) Gemischt subjektiv-objektive Lösung zur Behandlung des Problems ..	250
bb) Übertragbarkeit auf den Plattformbetrieb .....	251
2. Deliktsspezifischer Risikozusammenhang .....	253
II. Subjektive Zurechnung: Technisch vermittelte Distanz als Herausforderung des allgemeinen Medienstrafrechts .....	254
1. Vorsatzbestimmtheit: (K)eine Frage der Beteiligungsformlehre .....	255
a) Abgestufte Anforderungen an die Vorsatzbestimmtheit entsprechend der Beteiligungsform .....	255
b) Folgen der Abstufung für den Betrieb strafrechtswidrig ausgerichteter An- gebote .....	258
aa) Vorstellungunschärfen der Anbieter .....	259
bb) Anbietervorstellung und die Formel der h.M.: Kenntnis vom wesentli- chen Unrechtsgehalt und der Angriffsrichtung .....	259
c) Kritik an der Differenzierung anhand der Beteiligungsform .....	261
2. Innertatbestandlicher Bereich: Die bloße Tatbestandsbezogenheit als Gegen- entwurf zur h.M. ....	262
a) Rechtsunsicherheit, dogmatische Verdunkelung und kriminalpolitische Ein- wände .....	263
b) Keine Begründung über die Strafzumessung .....	264
aa) Vorsatz hinsichtlich der Unrechtsdimension als Strafzumessungsgegen- stand .....	264
bb) Anstiftungsspezifische Begründung i.R.d. Strafzumessung .....	266
c) (Scheinbare) Ausnahme: Die Anstiftung .....	267
d) Friktionen mit der Exzess- und Irrtumsdogmatik .....	268
aa) Irrtumsdogmatik .....	269
bb) Exzessdogmatik .....	270
3. Zwischentatbestandlicher Bereich: Die strenge Tatbestandsbezogenheit .....	271
a) Unschärfe, aber tatbestandlich konkretisierte Vorstellungen: Lösung via dolus alternativus .....	272
b) Unschärfe und tatbestandlich nicht konkretisierte Vorstellungen: Die Suche nach den Grenzen des Alternativvorsatzes .....	273
c) Übertragung der Grundsätze auf zwischentatbestandliche Abweichungen	275
aa) Abweichung im Stufenverhältnis .....	276

bb) Abweichung zwischen verwandten Tatbeständen .....	277
(1) Aufweichung der Tatbestandsbezogenheit .....	277
(2) Rückführung auf eine Unschärfekonstellation und Lösung via <i>dolus</i> alternativus .....	279
4. Zwischenergebnis: Subjektive Zurechnung .....	281
III. Beteiligungsform beim strafrechtswidrig ausgerichteten Angebot .....	281
1. Inhaltsverbreitungsdelikte .....	282
a) Unmittelbare Täterschaft, § 25 Abs. 1 Alt. 1 StGB .....	282
aa) Vorab: Die Übertragung der überwiegenden Auffassung auf das Ord- nungsmodell der Angebote .....	283
bb) Ausgangspunkt der Tatherrschaftslehre .....	284
(1) Beteiligungsformfrage im Pressestrafrecht .....	285
(2) Argumente für die Annahme einer Alleintäterschaft .....	286
(a) Herrschaft über den letzten Akt im Zuge der Automatisierung .....	286
(b) Überlagerung des Tatherrschaftsprinzips .....	287
(aa) Inhaltsverbreitungsdelikte als hybride Pflichtdelikte? .....	287
(bb) Garantensonderpflicht und die „Aufrollung der Teilnahme- frage vom Unterlassen her“ .....	290
cc) Zwischenfazit: Unmittelbare Täterschaft beim Inhaltsverbreitungsdelikt .....	291
b) Mittäterschaftliche Zurechnung, § 25 Abs. 2 StGB .....	292
aa) Gemeinsamer Tatentschluss .....	292
(1) Unkenntnis des Nutzers .....	292
(2) Unkenntnis des spezifischen Inhalts .....	294
(3) Hinzutreten des Nutzers nach Erbringung des Tatbeitrages .....	295
bb) Gemeinsame Tatausführung .....	297
cc) Zwischenergebnis: Mittäterschaft .....	299
c) Mittelbare Täterschaft kraft Organisationsherrschaft, § 25 Abs. 1 Alt. 2 StGB .....	299
aa) Organisationsherrschaft in der medienstrafrechtlichen Rechtsprechung .....	300
(1) Goyim-Fall .....	300
(2) Altermedia-Fall .....	301
bb) Organisationsherrschaft im medienstrafrechtlichen Schrifttum .....	302
cc) Medienstrafrecht als nächstes Gebiet einer bedenklichen Ausweitung der Organisationsherrschaft .....	302
(1) Flexibilisierung der Organisationsherrschaft im Wirtschaftsstraf- recht und ihre Kritik .....	303
(a) Roxinsche Konzeption einer Organisationsherrschaft .....	303
(b) Rechtsgelöstheit und Fungibilität bei Angeboten innerhalb so- zialer Netzwerke .....	304
(c) Kritik an der flexibleren Konzeption der Rechtsprechung .....	306

(2) Nochmals: Konfusion von organisations- und plattformspezifischen Gefährlichkeitsfaktoren .....	307
(3) Sonderproblem der Goyim-Entscheidung: Wechselseitige Organisationsherrschaft .....	308
dd) Zwischenfazit: Mittelbare Täterschaft kraft Organisationsherrschaft ...	309
d) Anstiftung, § 26 StGB und öffentliche Aufforderung zu Straftaten, § 111 StGB .....	310
aa) Vorab: Abgrenzungsfragen und Öffentlichkeit .....	310
bb) Haupttatkonkretisierung bei § 111 StGB .....	311
cc) Erfordernis und notwendige Gestalt eines geistigen Kontakts .....	312
(1) Angebote zweiter Ordnung .....	313
(2) Angebote dritter Ordnung .....	313
dd) Zwischenfazit: Anstiftung bzw. öffentliche Aufforderung zu Straftaten	314
e) Beihilfe, § 27 StGB .....	314
2. Persönliche Äußerungsdelikte als Ausnahme von der Tatherrschaftslehre ...	314
a) Vom Beleidigungsbrief-Fall und Rechtsgefühl .....	315
b) Andere persönliche Äußerungsdelikte .....	316
c) Weitere Begründung und Kritik der Abweichung vom Tatherrschaftskriterium .....	318
d) Maßstäbe des äußerungsstrafrechtlichen Sich-Zueigenmachens im Vergleich mit anderen Regelungsmaterien .....	321
e) Sich-Zueigenmachen und die Anbieter verschiedener Ordnung .....	322
aa) Automatisierte Veröffentlichung .....	322
(1) Vergleich mit den Maßstäben einer subjektiven Zurechnung .....	322
(2) Vergleich mit der Verbreitung persönlicher Äußerungsdelikte mit Hilfe von Social Bots .....	323
bb) Exkurs: Sich-Zueigenmachen bei Freigabevorbehalt .....	324
f) Zwischenfazit: Beteiligungsform bei persönlichen Äußerungsdelikten ...	324
3. Sonderproblem: Verlinkung und Teilen innerhalb der Angebote .....	325
a) Inhaltsverbreitungsdelikte .....	325
aa) Internetspezifischer Ansatz .....	326
bb) Tatherrschaftslehre .....	327
(1) Keine Tatherrschaft über den Zielinhalt .....	327
(2) Kein öffentliches Zugänglichmachen bereits öffentlich zugänglicher Inhalte .....	328
(3) Setzen eines Links als Kettenverbreitung .....	329
(a) Verhältnis von Verbreiten und Zugänglichmachen .....	329
(b) Verbreiten als gradueller Zustand .....	331
(c) Auf-den-Weg-Bringen bei Verlinkung .....	332
cc) Zwischenfazit: Linksetzung und Teilen bei Inhaltsverbreitungsdelikten	333
b) Persönliche Äußerungsdelikte .....	334

IV. Konkurrenzen: Besonderheiten eigentlicher und uneigentlicher Organisationsdelikte .....	334
1. Zum uneigentlichen Organisationsdelikt: Tateinheitliche Begehung durch kriminell ausgerichteten Betrieb .....	335
a) Anwendung des uneigentlichen Organisationsdelikts im Bereich des Plattformstrafrechts .....	336
b) Kritik am uneigentlichen Organisationsdelikt .....	337
aa) Fehlender materiell-rechtlicher Nutzen gegenüber allgemeinen konkurrenzrechtlichen Bewertungen .....	337
bb) Uneigentliches Organisationsdelikt als klandestine Zurechnungsfigur? .....	339
2. Zum konkurrenzrechtlichen Verhältnis von (eentlichen) Organisationsdelikten und den Kommunikationsdelikten .....	341
a) Vorab: Subsidiaritätsklausel des § 127 Abs. 1 Hs. 2 StGB .....	341
b) Das interne Verhältnis: Gleichartige Idealkonkurrenz .....	342
c) Das externe Verhältnis: Ungleichartige Idealkonkurrenz mit Kommunikationsdelikten .....	342
aa) Unmittelbar fremde Kommunikationsdelikte .....	342
bb) Unmittelbar eigene Kommunikationsdelikte .....	343
d) Zum Konkurrenzverhältnis der Kommunikationsdelikte im Spiegel (bzw. in der Klammer?) der Organisationsdelikte .....	344
aa) Rechtsprechungswandel hinsichtlich der Verklammerung durch § 129 StGB .....	344
bb) Konsequenzen für den Betrieb der Angebote .....	345
3. Zwischenfazit: Konkurrenzen .....	346
C. Kriminalpolitischer Exkurs: Ausweitung des § 127 StGB auf Kommunikationsdelikte .....	347
I. Noch einmal: Keine Strafbarkeitslücken aufgrund akzessorischer Erfassbarkeit .....	347
II. Schuldunangemessene Abbildung des Unrechts de lege lata .....	348
1. Mangelnde Abbildungsfähigkeit des verwirklichten Unrechts über die Beihilfe .....	349
2. Konkurrenzrechtliche Zusammenfassung als unangemessene Verkürzung .....	349
III. Vergleich mit Handelsplattformen .....	350
1. Plattformspezifische Gefährlichkeit bei illegalen Handelsgeschäften und Kommunikationsdelikten im Vergleich .....	350
2. Besondere Betroffenheit von Art. 5 GG .....	351
IV. Zwischenfazit: Ausweitung des § 127 StGB auf Kommunikationsdelikte als Bezugstaten .....	352

## Kapitel 6

**Strafrechtswidrige Inhalte als ‚digitale Altlasten‘  
in neutral ausgerichteten Angeboten**

353

A. Kommunikationsdelikte im Spiegel des Erfolgsbegriffs i. S. v. § 13 Abs. 1 StGB und die Entsprechungsklausel	354
I. Der Erfolg von Kommunikationsdelikten i. R. d. § 13 Abs. 1 StGB	355
1. Weiter Erfolgsbegriff: Tatbestandsverwirklichung als Erfolg	355
a) Vereinbarkeit mit dem Wortlaut	356
b) Entstehungsgeschichte des § 13 StGB	356
c) Unvereinbarkeit mit der Abgrenzung zwischen echten und unechten Unterlassungsdelikten	357
2. Enger, materiell orientierter Erfolgsbegriff	358
a) Vorab: Verhältnis abstrakter Gefährdungsdelikte zu Tätigkeitsdelikten	358
b) Kommunikationsdelikte als abstrakte Gefährdungsdelikte	360
aa) Inhaltsverbreitungsdelikte	361
bb) Inhaltsverbreitungsdelikte mit Friedensstörungsklausel	361
cc) Weitere Eignungsdelikte	362
dd) Beleidigung und Bedrohung	363
ee) Zwischenergebnis: Einordnung ausgewählter Kommunikationsdelikte als abstrakte Gefährdungsdelikte	364
c) Ausnahme für die Beihilfe zum Unterlassen	364
d) Teleologische Einwände gegen einen materiell orientierten Begriff	364
3. Enger, formell orientierter Erfolgsbegriff	365
a) Ausschluss des Versuchs durch Unterlassen?	365
b) Die „Irrlehre“ vom Tätigkeitsdelikt	366
aa) Kommunikationsdelikte als Tätigkeitsdelikte	367
(1) Persönliche Äußerungsdelikte	367
(2) Inhaltsverbreitungsdelikte	368
(a) Öffentliches Zugänglichmachen bzw. öffentliche Begehung	368
(b) Verbreiten (i. e. S.)	370
(3) Konfrontationsdelikte	371
(4) Beihilfe als Erfolgsdelikt	371
bb) Ansätze zur ‚Rehabilitierung‘ der Lehre vom Tätigkeitsdelikt	372
(1) Systematisierung anhand der konkreten Begehungsweise	372
(2) Abschichtung minimaler Erfolgssachverhalte von sozialerheblichen oder materiell orientierten Erfolgssachverhalten	373
(3) Kritische Funktion der Unterscheidung von Tätigkeits- und Erfolgsdelikten	374
4. Zwischenergebnis: Erfolgsbegriff des § 13 Abs. 1 StGB	376



II. Die Entsprechungsklausel .....	376
1. Inhaltsverbreitungsdelikte .....	378
2. Persönliche Äußerungsdelikte (insbesondere Beleidigung) .....	379
B. Erfolgsverhinderung nach Erfolgeintritt und die Teilnahmefähigkeit nach Vollendung .....	381
I. Die Vollendung von Kommunikationsdelikten .....	382
1. Delikte, die eine Kenntnisnahme erfordern .....	382
a) Generelles .....	383
b) Exkurs: Die Kenntnisnahme des Moderators bei der Beleidigung .....	384
2. Delikte, die eine öffentliche Kenntnisnahmemöglichkeit erfordern .....	385
a) Generelles .....	385
aa) Besonderheiten sozialer Netzwerke im Spiegel des Öffentlichkeitserfordernisses .....	386
bb) Exkurs: Sukzessive Öffentlichkeit .....	388
b) Aufforderung zu Straftaten, § 111 StGB .....	389
3. Delikte, die eine individuelle Kenntnisnahmemöglichkeit erfordern .....	391
4. Zwischenergebnis: Vollendungszeitpunkt der Kommunikationsdelikte innerhalb sozialer Netzwerke .....	394
II. Die ‚Irrlehre‘ von den Dauerdelikten? .....	394
1. Unbrauchbarkeit als Deliktstypus .....	396
2. Kritik der Figur der durativen Tatbegehung am Beispiel der Beleidigung, § 185 StGB .....	398
a) Verengung der Zurechnungsmöglichkeit durch die Figur der durativen Tatbegehung .....	399
aa) Fehlende Kontinuierlichkeit der Tatbestandsverwirklichung von § 185 StGB .....	399
bb) Die durative Begehung von § 185 Hs. 2 Var. 1, Var. 3 StGB n.F. ....	401
cc) Zwischenfazit: Verengung durch die Figur der durativen Tatbegehung .....	402
b) Ausweitung bzw. Veränderung des Zurechnungsgegenstandes durch die Figur der durativen Tatbegehung .....	403
aa) Ausmaß der zurechenbaren Rechtsgutsbeeinträchtigung .....	403
bb) Ersetzung des Erfolgssachverhalts bei Internetbeleidigungen .....	405
cc) Beihilfe zu einem Begehungs- oder Unterlassungsdelikt durch Unterlassen? .....	406
(1) Praktische Relevanz: (Dritte) Strafraumenverschiebung nach § 28 Abs. 1 StGB .....	406
(a) Garantenpflicht als besonderes persönliches Merkmal .....	407
(b) Grenzen der mehrfachen Strafraumenverschiebung .....	408
(c) Das Problem ‚gekreuzter Garantenpflichten‘? .....	408
(2) Übergang eines aktiven Tuns in ein Unterlassen bei Kommunikationsdelikten .....	409
(3) Einwände gegen die Unterlassungskonstruktion .....	410

3. Zwischenergebnis: Dauerdeliktseigenschaft und durative Begehungsweise als Antwort auf das ‚Altlastenproblem‘ .....	412
III. Gegenüberstellung der Anforderungen der Erfolgsabwendbarkeit (§ 13 Abs. 1 StGB) und Teilnahmefähigkeit (§ 27 Abs. 1 StGB) .....	413
1. Teilnahmefähigkeit nach Vollendung .....	414
a) Skizze des Streitstandes .....	414
b) Anforderungen an eine teilnahmefähige Nachphase .....	416
2. Erfolgsabwendbarkeit .....	417
3. Zwischenergebnis: ‚Digitale Altlasten‘ und deliktsspezifische Drei-Stufen-Prüfung .....	419
IV. Erfolgsabwendbarkeit und Teilnahmefähigkeit nach Vollendung bei Kommunikationsdelikten .....	420
1. Ehrschutzdelikte, §§ 185 ff. StGB .....	420
2. Verhetzende Beleidigung, § 192a StGB .....	421
a) Zwei-Personen-Verhältnis: Von der konkreten Gefahr zur Verletzung .....	421
b) Mehr-Personen-Verhältnis: Öffentlicher Frieden, überindividuelle Menschenwürde und äußere Ehre .....	421
c) Exkurs: Innertatbestandlichkeit des Gelangenlassens an Dritte .....	422
3. Bedrohung, § 241 StGB .....	423
a) Perpetuierung der Drohwirkung .....	423
b) Breitenwirkung .....	424
aa) Keine Übertragbarkeit der Erwägungen zur Qualifikation der öffentlichen Beleidigung .....	424
bb) Die öffentliche Bedrohung als verkapptes Delikt zum Schutze des öffentlichen Friedens .....	425
cc) Öffentliche Begehung als Zeugnis besonderer Entschlossenheit und Selbstverpflichtung .....	426
c) Zwischenergebnis .....	426
4. Abstrakte Gefährdungsdelikte .....	426
a) Vergleich der Inhaltsverbreitungsdelikte mit dem Abfallstrafrecht .....	427
b) Besonderheiten des § 111 StGB .....	430
aa) Vorfrage: Beihilfefähigkeit des § 111 Abs. 2 StGB .....	430
bb) Rechtsgutsbeeinträchtigung durch § 111 Abs. 1 StGB nach Verwirklichung der Bezugstat .....	431
(1) Nicht wiederholbare Taten .....	431
(2) Wiederholbare Taten .....	432
V. Zwischenfazit: Erfolgsabwendbarkeit und Teilnahmefähigkeit nach Vollendung .....	433
C. Beseitigungsverpflichtung der Anbieter .....	434
I. Garantenstellung .....	435
1. Garantenstellung aus telemedienrechtlichen Regelungen .....	436
a) TMG a. F. und DSA .....	436

b) NetzDG a.F. ....	438
c) Zwischenfazit: Garantenstellung aus telemedienrechtlichen Vorschriften ..	439
2. Obhuts- bzw. Beschützergarantenstellung gegenüber Nutzern .....	439
a) Vorab: Keine Obhutsgarantenstellung zum Schutze überindividueller Rechtsgüter .....	439
b) Vertragliche oder tatsächliche Übernahme .....	440
3. Überwachergarantenstellung .....	442
a) Ingerenz .....	442
aa) Pflichtwidrigkeit des Betriebs in Relation zur Begehungsstrafbarkeit ..	442
bb) Zurechnungszusammenhang .....	444
b) Herrschaft über die Gefahrenquelle .....	444
aa) Gefahrenquelle .....	445
(1) Angebote als Ganzes .....	445
(2) Speicherung rechtswidriger Inhalte oder deren Kenntnis .....	446
bb) Faktische Herrschaft über eine Gefahrenquelle .....	447
cc) Ansätze einer Restriktion .....	448
(1) Spezifische gesteigerte Gefährlichkeit .....	449
(2) Ausgleich für die Gewährung von Ausschlussrechten und Herr- schaftsmonopol .....	449
(a) Beseitigungsmonopol vs. Kontrollmonopol .....	450
(b) Grundrechtsbindung Privater und das Beseitigungsmonopol ..	452
(3) Normativ begründete Vertrauens Erwartung: Das telemedienrechtli- che Gefüge .....	453
II. Aus der Sachherrschaft resultierende Garantenpflichten .....	454
1. Zurechnungszusammenhang und Verantwortungsprinzip bei der Garantenstel- lung aus Sachherrschaft .....	455
a) Gegenstand der besonderen Gefährlichkeit einer Gefahrenquelle .....	457
aa) Anreiztheorie .....	457
(1) Übertragung auf das Abfall- und Medienstrafrecht durch Recht- sprechung und Literatur .....	458
(2) Kritik der Anreiztheorie .....	459
(a) Abhängigkeit vom konkreten Plan des Täters .....	459
(b) Empirisch fundierte Herangehensweise .....	460
(c) Probleme der vergleichenden Methode (in der digitalen Sphäre)	461
bb) Effektive Strafverfolgung .....	464
cc) Steigerung des Erfolgsunrechts .....	464
b) Differenzierung zwischen Straftatverhinderungs- und Beseitigungspflicht	464
aa) Referenzbeispiele .....	465
(1) Sonderbehandlung des Einsperrungs-Falls .....	465
(2) Differenzierung bei der ‚wilden‘ Müllablagerung .....	466

bb) Prinzipielle Gründe für eine Unterscheidung von Straftatverhinderungs- und Gefahrenabwehrungspflichten .....	467
cc) Referenzbeispiele nach dem Kriterium der Steigerung des Erfolgsunrechts .....	468
(1) Einsperrungs-Fall .....	468
(2) ‚Wilde‘ Müllablagerung .....	470
dd) Zwischenfazit: Differenzierung zwischen Straftatenverhinderungs- und Gefahrenabwehrungspflichten .....	471
c) Angebote (innerhalb) sozialer Netzwerke .....	472
aa) Spezifische Gefährlichkeit der Angebote: Verbreitungswirkung und Erfolgsunrecht .....	472
bb) Vereinbarkeit mit der Lösung von weiteren Referenzbeispielen .....	473
(1) Von Technoclubs und Wohnkomplexen .....	473
(2) Vom problematischen Hausfassaden-Fall .....	473
(a) Verkehrseröffnung .....	475
(b) Hausfassaden-Fall und die Ansätze zur Einschränkung einer Garantenstellung: Kumulation von Beseitigungs- und Kontrollmonopol sowie der spezifischen Gefährlichkeit .....	475
cc) Zwischenfazit: Zurechnungszusammenhang zwischen besonderer Gefährlichkeit und Erfolgsunrecht bei Angeboten .....	477
2. Exkurs: Pflichtwidrigkeitszusammenhang bei der Ingerenz .....	477
3. Pflichtenumfang .....	478
a) Überwachergarantenstellung ohne Überwachungspflichten? .....	478
b) Begrenzung der Pflicht auf klar rechtswidrige Inhalte .....	479
c) Löschfrist .....	479
d) Gestufte Sondernverantwortlichkeit: Pflichtenumfang im Ordnungsmodell .....	480
III. Übertragung der Garantenpflicht auf Moderatoren .....	482
IV. Zwischenfazit: Beseitigungspflichten .....	483
V. Exkurs: Gesetzliche Fixierung einer Garantenpflicht .....	485
D. Beteiligungsform des Unterlassens .....	486
I. Inhaltsverbreitungsdelikte .....	486
1. Nochmals: Inhaltsverbreitungsdelikte als allgemeine Herrschaftsdelikte .....	486
2. Allgemeine Abgrenzungslösungen für die negative Moderationsentscheidung .....	487
a) „Theorie(n) der Einheitsbeihilfe“ .....	488
b) „Theorie(n) der Einheitstäterschaft“ .....	489
c) Pflichteninhaltslehren .....	491
aa) Formelle Garantenlehre .....	491
bb) Materielle Garantenlehre .....	492
d) Subjektiver Ansatz der Rechtsprechung .....	493
aa) Kritik .....	493

bb) Täterwille der Anbieter bzw. ihrer Moderatoren .....	494
(1) Anbieter erster Ordnung .....	494
(2) Anbieter zweiter Ordnung .....	495
e) Tatherrschaftslösung(en) .....	496
aa) Empirisch fundierte potenzielle Tatherrschaft .....	497
bb) Normativ fundierte potenzielle Tatherrschaft in einer Gesamtbetrachtung .....	499
cc) Normativ fundierte potenzielle Tatherrschaft als rechtliche Beherrschung .....	499
dd) Die Lehre vom Tatherrschaftswechsel .....	501
(1) Kritik der Lehre vom Tatherrschaftswechsel und ihre Entgegnung .....	502
(2) Tatherrschaftswechsel im Digitalen und die Figur der Tatherrschaftswandlung .....	505
f) Wertungswidersprüche der Konkurrenzlösung und ihre Korrektur .....	507
aa) Zwei Varianten des behaupteten Widerspruchs .....	507
bb) Adressaten des behaupteten Widerspruchs .....	508
cc) Entzauberung des Widerspruchs mittels § 13 Abs. 2 StGB .....	509
dd) Zwischenergebnis: Wertungswidersprüche der Konkurrenzlösung .....	511
II. Persönliche Äußerungsdelikte: Sich-Zueigenmachen durch Unterlassen? .....	511
III. Zwischenfazit: Beteiligungsform des Unterlassens .....	512
<b>Schluss</b> .....	514
A. Zusammenfassende Thesen .....	514
B. Ausblick .....	531
I. Die strafrechtliche Verantwortlichkeit der Anbieter (innerhalb) sozialer Netzwerke .....	531
1. Verantwortlichkeit im technologischen Wandel: Anbieter von sozialen Netzwerken .....	531
2. Perspektivenerweiterung: Anbieter innerhalb sozialer Netzwerke .....	532
II. Die Entwicklung eines Allgemeinen Teils der Medienstrafrechtsdogmatik .....	533
1. Permanenz und Beherrschbarkeit .....	534
2. Distanz .....	535
a) Neutralität von Kommunikationstechnologie .....	535
b) Multifunktionalität von Beitragshandlungen im Unerlaubten .....	537
c) Besondere Handlungschronologie .....	539
3. Multiplikationswirkung .....	541
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	542
<b>Sachwortverzeichnis</b> .....	581

# Einleitung

## A. Hinführung

Hassrede innerhalb sozialer Netzwerke ist ein Problem unserer Zeit; sie verrohe das Sprachklima, vergifte den pluralistisch-demokratischen Diskurs und verdunkle den die Bürger emanzipierenden Kommunikationsraum der medialen Öffentlichkeit. Von einer solchen Problemerkfassung zeugen die Aktivitäten des deutschen und europäischen Gesetzgebers sowie die Entwicklung des rechtswissenschaftlichen Diskurses.<sup>1</sup>

Doch schon die Frage, was sich hinter dem Begriff der Hassrede verbirgt, entzieht sich einem phänomenologischen Konsens. Uneinigkeit herrscht also schon über das Objekt des Bekämpfungs-<sup>2</sup>, sachlicher: Regulierungswürdigen: Im weitesten Sinne wird bei Hassrede von jeder Form inziviler Kommunikation, also intentionalen Verstößen gegen grundlegende, nicht notwendigerweise strafbewehrte Kommunikationsnormen gesprochen.<sup>3</sup> Im engeren Sinne wird sie in Anlehnung an den Begriff der Hasskriminalität als eine vorurteilsgeleitete und -reproduzierende Kommunikation<sup>4</sup> gegenüber Gruppen oder einzelnen aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit verstanden.<sup>5</sup> Der Gesetzgeber, dessen Perspektive i. R. d. der nachstehenden Hinführung eingenommen werden soll, scheint (wenn auch nicht konsequent) einen verhältnismäßig weiten, nicht auf diskriminierende Sprache fokussierten Blick auf das Problem zu üben und jede Form strafbaren oder schon strafwürdigen aggressiven Sprechens vor Augen zu haben.<sup>6</sup>

---

<sup>1</sup> Nachweise im Folgenden unter Einleitung A. I.

<sup>2</sup> Etwa die Benennung des „Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität“ (BGBl. I 2021, S. 411 ff.).

<sup>3</sup> Aus den Kommunikationswissenschaften *Kümpel/Rieger*, Wandel der Sprachkultur, S. 9; Rezeption in der (Straf-)Rechtswissenschaft durch *Geneuss*, JZ 2021, 286, 287; vgl. auch *Oğlakcioğlu*, Strafbare Sprechakte, S. 594; vgl. auch die recht weite Definition des verwandten Begriffs des digitalen Hasses bei *Rubitzsch*, in: Das Phänomen „Digitaler Hass“, S. 167, 170: „online getätigte herabwürdigende oder bedrohliche Äußerungen“.

<sup>4</sup> Terminologisch wäre es sinnvoll, den Begriff des Hasses, allgemein als emotionsbezogen verstanden, durch den des Vorurteils (Vorurteilskriminalität bzw. diskriminierende Sprache) zu ersetzen. Zum ganzen *K. Lang*, Vorurteilskriminalität, passim.

<sup>5</sup> Vgl. stellvertretend *Bredler/Markard*, JZ 2021, 864 ff.; *Demus et al.*, in: Handbuch Cyberkriminalologie I, S. 261, 264 m. w. N.

<sup>6</sup> Vgl. nur BT-Drs. 18/12356, S. 1; BT-Drs. 19/18470, S. 1; zum Definitionsproblem von Hassrede vgl. mit zahlreichen Nachweisen nur *Stahel*, Hassrede im Internet, S. 5 ff.; *Steinl/Schemmel*, GA 2021, 86, 86 f.; *Sponholz*, in: Das Phänomen „Digitaler Hass“, S. 17, 20 ff.

## **I. Hassrede innerhalb sozialer Netzwerke im Spiegel gesetzgeberischer Aktivitäten**

So oder so: Aggressive Kommunikation<sup>7</sup> entfalte – so der Gesetzgeber – vielfältige Wirkungen in sozialen Netzwerken. Betrifft sie Individuen, entfalte sie aufgrund ihrer Breitenwirkung und permanenten Abrufbarkeit besondere Schlagkraft. Beschimpfungen und Bedrohungen wirkten länger, versetzten die Betroffenen unter Umständen in einen Zustand der Ohnmacht und könnten zu ihrem Verstummen oder gar einem vollständigen Rückzug aus dem digitalen Medium führen.<sup>8</sup> Daneben seien überindividuelle Schäden zu beklagen: Die Kommunikation verrohe<sup>9</sup>, der Rückzug einzelner oder besonders betroffener (marginalisierter) Gruppen bedrohe demokratisch-deliberative Funktionen der sozialen Netzwerke als Raum des Meinungsaustauschs<sup>10</sup> und ein aggressives Sprachklima im digitalen Raum sei Nährboden nicht nur für weitere Sprachexzesse im Digitalen<sup>11</sup>, sondern auch für aggressive Handlungen im analogen Miteinander.

Um diesen Schattenseiten einer Kommunikation im sog. Web 2.0, das es Nutzern seit den 2000er ermöglicht, aus der Rolle der Konsumenten herauszutreten und eigene Inhalte mit einer breiten Öffentlichkeit zu teilen, beizukommen, bedient sich der Gesetzgeber in den letzten Jahren eines vielfältigen regulatorischen Instrumentariums.

Aus dem Bereich des Strafrechts ist zunächst das „Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität“ zu nennen, das seit 2021 in Kraft ist.<sup>12</sup> Den beschriebenen Auswüchsen einer „Verrohung“ sollte entgegengewirkt werden, indem – zentral für die Reform – der Anwendungsbereich der §§ 126, 140, 188, 241 StGB erweitert, die Qualifikation der öffentlichen Begehung bei den §§ 185, 241 StGB eingefügt und der § 46 Abs. 2 StGB um antisemitische Beweggründe erweitert wurde.<sup>13</sup> Angeschlossen haben sich punktuelle Verschärfungen des materiellen Strafrechts noch im Jahre 2021 mit der Einführung des Straftatbestandes des § 126a StGB („Gefährdendes Verbreiten personenbezogener Daten“),<sup>14</sup> mit dem die Verbreitung von sog. Feindeslisten im Internet kriminalisiert werden sollte<sup>15</sup> und der Einführung des § 192a StGB („Verhetzende Beleidigung“),<sup>16</sup> mit dem eine Schlie-

---

<sup>7</sup> Zum Begriff der aggressiven Kommunikation *Demus et al.*, in: Handbuch Cyberkriminalologie 1, S. 261, 263 f.

<sup>8</sup> Vgl. BT-Drs. 19/18470, S. 1.

<sup>9</sup> BT-Drs. 19/18470, S. 1.

<sup>10</sup> BT-Drs. 19/18470, S. 1; vgl. auch schon BT-Drs. 18/12356, S. 1.

<sup>11</sup> BT-Drs. 19/18470, S. 1.

<sup>12</sup> BGBl. I 2021, S. 411 ff.

<sup>13</sup> BT-Drs. 19/18470, S. 1 ff.

<sup>14</sup> BGBl. I 2021, S. 4250 ff.

<sup>15</sup> BT-Drs. 19/28678, S. 1.

<sup>16</sup> Ebenfalls BGBl. I 2021, S. 4250 ff.

ßung (vermeintlicher) Strafbarkeitslücken zwischen § 185 StGB und § 130 StGB, jedoch vornehmlich außerhalb von Internetsachverhalten, bezweckt wurde<sup>17</sup>. Weitere Vorschläge zum Ausbau des Beleidigungsstrafrechts finden sich in jüngerer Vergangenheit vermehrt auch im Schrifttum.<sup>18</sup> All diese teils breit angelegten, teils punktuell anmutenden Neukriminalisierungen und Strafverschärfungen betreffen dabei eine strafrechtliche Regulierung der Nutzer. Keine Aufstockung sollte bislang das materiell-strafrechtliche Besteck erfahren, wenn es um die Regulierung der Betreiber sozialer Netzwerke im Kontext von Hate Speech geht.<sup>19</sup> Zwar wurde ebenfalls im Jahr 2021 der § 127 StGB („Betreiben krimineller Handelsplattformen im Internet“)<sup>20</sup> eingeführt, der eine strafrechtliche Eigenhaftung von Plattformbetreibern vorsieht. Allerdings nimmt dieser jedenfalls dem Namen („Handelsplattformen“) und gesetzgeberischen Anliegen<sup>21</sup> nach weder soziale Netzwerke noch die aggressive Kommunikation in den Blick.

Außerhalb des (Kern-)Strafrechts hat sich der Gesetzgeber jedoch schon im Jahr 2017 in einer bis dahin global gesehen kaum vergleichbaren Weise den beschriebenen Schattenseiten angenommen und mit der Einführung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes (NetzDG) bezweckt, soziale Netzwerke stärker in die Pflicht zu nehmen.<sup>22</sup> Mit dem NetzDG sollten „bußgeldbewehrten Compliance-Regeln für soziale Netzwerke [geschaffen werden], um effektiv und unverzüglich gegen Hasskriminalität und andere strafbare Inhalte im Netz vorgehen zu können.“<sup>23</sup> Kern dieser Compliance-Pflichten war die Bereitstellung von anwenderfreundlichen Meldewegen und eine Entfernung strafrechtswidriger gemeldeter Inhalte innerhalb starrer Fristen. Letztlich sollte mit diesem ordnungsrechtlichen Rahmen eine eigenständige Rechtsdurchsetzung durch die sozialen Netzwerke incentiviert werden.<sup>24</sup> Dem deutschen Vorstoß mit dem – freilich nicht unumstrittenen – NetzDG folgten andere EU-Staaten etwa mit dem Kommunikationsplattformen-Gesetz (Österreich) oder der Loi Avia (Frankreich). Nicht zuletzt um einer damit angezeigten Zersplitterung des europäischen Binnenmarktes entgegenzuwirken, entschloss sich auch der europäische Gesetzgeber im Bereich der „regulierten Selbst-

---

<sup>17</sup> BT-Drs. 19/31115, S. 14.

<sup>18</sup> Vgl. zur diskriminierenden Beleidigung, Cybermobbing und sog. Hate Storms den Diskussionsentwurf des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz für ein Gesetz zur nachdrücklichen strafrechtlichen Bekämpfung der Hassrede und anderer besonders verwerflicher Formen der Beleidigung, 2019; dazu *Großmann*, GA 2020, 546 ff.; vgl. auch die Beiträge von *A. Schmidt/Witting*, KriPoZ 2023, 190 ff.; *Rostalski/Weiss*, KriPoZ 2023, 199 ff.; *S. Beck/Nussbaum*, KriPoZ 2023, 219 ff.

<sup>19</sup> Zur Unterscheidung von Nutzer- und Plattformregulierung vgl. *Kubicieł*, in: FS-Dannecker, S. 53, 58 f.

<sup>20</sup> BGBl. I 2021, S. 3544 ff.

<sup>21</sup> BT-Drs. 19/28175, S. 1.

<sup>22</sup> BT-Drs. 18/12356, S. 1.

<sup>23</sup> BT-Drs. 18/12356, S. 2.

<sup>24</sup> Vgl. nur *Kubicieł*, in: FS-Dannecker, S. 53, 62.